

FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT !

BEZIRKSKONFERENZ '03

AWO NIEDERRHEIN, 8. 11. 2003, MÜLHEIM AN DER RUHR

Resolution

10 Eckpunkte sozial gerechter Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Es gibt Alternativen zur Agenda 2010 ! Keine Alternativen gibt es zur Zielsetzung sozialer Gerechtigkeit ! Vor diesem Hintergrund muss sich - nach Auffassung der AWO am Niederrhein - die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik an folgenden zehn Eckpunkten ausrichten:

- **Wenn**
im langfristigen Trend das Beschäftigungsvolumen in entwickelten Volkswirtschaften schrittweise rückläufig ist,
dann
ist es sinnvoll, notwendige Eingaben für die sozialen Sicherungssysteme und die Beschäftigungsförderung zunehmend an Wertschöpfungen und Rationalisierungsgewinne des Faktors "High-Tech-Kapital" anzubinden,
anstatt
den schwindenden Faktor 'Arbeit' immer weiter zu belasten (Agenda S. 23 ff).
- **Wenn**
das Durchschnittsalter der Bevölkerung ständig zunimmt und der medizinische Fortschritt voranschreitet,
dann
ist es schlüssig, dass 'längeres Leben' und 'optimierte Gesundheits- bzw. Pflegeversorgung' auch einen zusätzlichen Kostenaufwand erfordern, der als gesellschaftliche Entwicklung von der Solidargemeinschaft getragen werden muss und nicht immer mehr auf den Einzelnen abgewälzt werden darf.
anstatt
davon auszugehen, dass verbesserte und verlängerte Leistungen auf der Basis reduzierter Sozialversicherungsbeiträge und/oder individueller Risikoabsicherung erbringbar wären (Agenda, S.23).

- **Wenn**

aktive Arbeitsmarktpolitik gerade in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit immer stärker nachgefragt wird, und annähernd flächendeckend Angebote vorhalten muss,

dann

sollte ihre Finanzierung eher aus einem konjunkturabhängigen Bundesfinanzzuschuss gespeist werden,

anstatt

in Krisen immer wieder verhängnisvoll von dem sich verringernden Volumen der spärlicher eingehenden Versichertenmittel abhängig zu sein (Agenda, S. 15,20).

- **Wenn**

es in der Logik renditeorientierten Wirtschaftens liegt, durch Rationalisierung und Technisierung die Produktivität permanent zu steigern,

dann

fallen diesem Prozess systematisch und unwiederbringlich eher die einfach strukturierten Arbeitsplätze zum Opfer, die – wo notwendig – auf einem zweiten, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zu ersetzen wären,

anstatt

davon auszugehen, dass diese Entwicklung des Produktivitätsfortschritts über "Anreize" für die Unternehmen, d.h. z.B. durch Lohnkostensubventionen, Senkung der Lohnnebenkosten, Abbau von Mitbestimmung und Kündigungsschutz und Aussetzung des Flächentarifvertrages aufzuhalten wäre (Agenda S. 16).

- **Wenn**

aufgrund des rückläufigen Beschäftigungsvolumens (s.o) bezahlte Arbeit immer knapper wird,

dann

bedarf es einer zunehmenden Entkopplung von Arbeitsoptionen und Leistungsbezug,

anstatt

die bereits bestehende Voraussetzung der Arbeitsbereitschaft, nunmehr unsinnigerweise zur einzig legitimen Zielsetzung umzudeuten (Agenda S. 22).

- **Wenn**

sich - wie derzeit - die Arbeitsplatzlücke auf ca. 6,7 Mill. fehlende Stellen beläuft,

dann

muss es in der Arbeitsmarktpolitik primär um die Arbeitsplatzentwicklung durch sinnvolle Verknüpfung von Infrastruktur- und Beschäftigungsförderung gehen,

anstatt

die finanziellen Ressourcen fast ausschließlich auf die Optimierung von Vermittlungsinstrumenten (PSA, Jobcenter etc.) zu konzentrieren, da es im Wesentlichen kein Mitmach-, sondern ein Stellendefizit-Problem auf dem Arbeitsmarkt gibt (Agenda S. 20/ 21).

- **Wenn**
es um die Förderung lokaler Infrastrukturpolitik geht,
dann
müssen in Abstimmung mit der EU großvolumige kommunale Förderprogramme sowie eigenständig steuerbare und möglichst konjunkturunabhängige Gewerbesteueraufkommen verfügbar sein,
anstatt
den jetzt schon völlig überschuldeten Kommunen nochmals neue Kreditprogramme anzubieten (Agenda S. 16).

- **Wenn**
die seit über 25 Jahren andauernde 'Massenarbeitslosigkeit' tatsächlich endlich als Strukturproblem begriffen wird,
dann
muss auch die Beschäftigungsförderung einschließlich des zweiten Arbeitsmarktes z.B. für ältere Langzeitarbeitslose strukturell und systematisch angelegt sein,
anstatt
die Notwendigkeit der Aktivierung von Arbeitslosen als einziges Heilmittel darzustellen und damit wissenschaftliche Erkenntnisse über die Auswirkung von Arbeitslosigkeit zu ignorieren, und für die tiefgreifenden Folgen arbeitsmarktlicher Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen leichtfertige und wenig nachhaltige Auswege zu suchen (Agenda, S. 21).

- **Wenn**
das Prinzip 'Fördern und Fordern' tatsächlich gegenseitig gemeint ist,
dann
muss die sog. neue Balance von Rechten und Pflichten auch für den Staat gelten, in dem den Arbeitslosen ein individueller Rechtsanspruch auf angemessene Angebote zur Erwerbsintegration eröffnet wird,
anstatt
mit Drohungen von Leistungsentzug bei unterstellter Arbeitsunwilligkeit zu operieren (Agenda S. 22).

- **Wenn**
das Problem 'Massenarbeitslosigkeit' u.a. auch als ein Problem zu schwacher Nachfrage- und Konjunkturentwicklung verstanden wird,
dann
macht es Sinn, dort, wo am unmittelbarsten finanzielle Ressourcen in Konsum umgesetzt werden, die Einkommenssituation zu verbessern oder zumindest stabilisieren,
anstatt
die schon niedrige Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zusammenzustreichen bzw. durch die Steuerreform die Gering-Verdiener noch weiter gegenüber den Besser-Verdienenden zu benachteiligen, weil dies nicht nur sozial bedenklich, sondern auch ökonomisch wenig professionell ist (Agenda, S.13/ 21f.).